



Salzstock Gorleben

DANIEL ROSENTHAL / LAF

ATOMMÜLL

Einigung über Endlagergespräche

Die Verhandlungen über ein Gesetz zur Endlagersuche stehen anscheinend vor einem Durchbruch. Nach wochenlangem Ringen haben sich Vertreter von Regierung und Opposition auf den 24. April als Termin für ein Spitzengespräch zum sogenannten Standortauswahlgesetz geeinigt. An dem Treffen sollen unter anderem Bundesum-

weltminister Norbert Röttgen (CDU), die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Baden-Württemberg, David McAllister (CDU) und Winfried Kretschmann (Grüne), teilnehmen sowie SPD-Chef Sigmar Gabriel und der Grünen-Fraktionschef im Bundestag Jürgen Trittin. Bund und Länder beraten seit fünf Monaten über ein Gesetz,

das nach Jahre dauerndem Streit eine Grundlage für eine geordnete Suche nach einem Atomendlager bieten soll. Ein ursprünglich für den 11. März geplantes Treffen war wegen Unstimmigkeiten geplatzt. Umstritten ist vor allem, ob und wie der Salzstock Gorleben mit anderen potentiellen Standorten verglichen werden soll. Jetzt rechnet Röttgen offenbar mit einer Einigung. „Ziel ist es, den jahrzehntelangen Kampf um diese Frage endlich zu beenden und bis zum Sommer ein Rahmengesetz über die einzelnen Verfahrensschritte zu beschließen“, sagt er.

RECHTSTERRORISMUS

Zwei Männer auf Fahrrädern

Bayerische Ermittler waren den Terroristen des „Nationalsozialistisches Untergrunds“ (NSU) offenbar dichter auf der Spur als bislang bekannt. Wie aus einem vertraulichen Bericht der Sonderkommission „Bosporus“ hervorgeht, war den Fahndern bereits früh ein außergewöhnliches Muster im Verhalten der Täter aufgefallen: In vier von neun Mordfällen der sogenannten Ceska-Serie hatten Zeugen jeweils zwei Männer auf Fahrrädern beobachtet, die sich in Tatortnähe aufhielten. Die detaillierten Personenbeschreibungen passen teilweise exakt auf die NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos, die im November nach einem Banküberfall in Eisenach erschossen gefunden wurden. Das verdächtige Radfahrer-Duo war dem Ermittlungsbericht zufolge zuerst im September 2000 gesichtet worden, als in Nürnberg ein türkischer Blumenhändler ermordet wurde. Dann tauchte es 2001 (München), 2005 (Nürnberg) und 2006 (Dortmund) an Tatorten auf. Überdies hatte die bayerische Polizei eine mögliche Verbindung der Mord-

serie mit einem Sprengstoffanschlag des NSU in Köln untersucht, bei dem im Juni 2004 22 Menschen teils lebensgefährlich verletzt wurden: Auch hier waren zwei Männer mit Mountainbikes gesehen und von einer Videokamera gefilmt worden. Die Ermittler zeigten einer Zeugin des dritten Nürnberger Mordes die Aufnahmen: Die Frau erkannte Ähnlichkeiten zwi-



Fahndungsfoto nach Kölner Anschlag 2004

POLIZEI KÖLN / DPA

schen den Radfahrern. In ihrem Bericht fasste die Soko „Bosporus“ im Mai 2008 zusammen: „Aufgrund der Opferauswahl (Türken)“ und „der Verwendung von Fahrrädern“ könne „ein Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden“. Sogar im Fall der 2007 in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter gab es Hinweise auf verdächtige Radler: Gleisarbeiter der Bahn hatten damals zwei Mountainbike-Fahrer beobachtet, die in unmittelbarer Nähe des Tatorts miteinander diskutierten. Wenig später seien Schüsse gefallen. Warum der Radfahrer-Spur letztlich keine größere Bedeutung beigemessen wurde, ist unklar.

Ein weiteres potentielles Opfer des braunen Terrorkommandos war offenbar der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl. Durch einen Anruf des Bundeskriminalamts erfuhr der Bundestagsabgeordnete nach dem Tod der Terroristen, dass Mundlos und Böhnhardt ihn offenbar bereits ausgespäht hatten. „Sehr gute Lage, Zugang im Garten“, hatten sie auf einer Liste notiert. Uhls Wahlkreisbüro gehört zu einer Reihe von Adressen von Prominenten, Vereinen und Politikern, die Ermittler am Wohnsitz der Terrortruppe in der Zwickauer Frühlingstraße fanden und die sie für eine mögliche Todesliste halten.